

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 8

Ausgegeben am 23. Mai 1919

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Versailler Friedensbedingungen.

Von Heinrich Cunow.

Der Friedensvertragsentwurf der Entente stößt — wenn man von den Theoretikern und Ideologen der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands absieht, zwei Begriffe, die sich im wesentlichen decken — auf ein energischeres »Unannehmbar« im deutschen Volke, als man in Unbetracht der herrschenden Erschöpfungspsychose erwarten durfte. Es sieht fast aus, als beginne das apathische, willen- und gedankenlose Sichtreibenlassen, das weite Volksschichten nach dem plötzlichen Niederbruch erfasst hatte, einer gewissen Selbstbesinnung auf die eigenen Lebensnotwendigkeiten zu weichen. Nach langen Monaten tiefer seelischer Depression pulsiert wieder warmes Blut durch den erschlafften Körper. Zwar die Erkenntnis, daß in seiner heutigen Verfassung das deutsche Volk Gewaltaktionen der Entente keinen nennenswerten militärischen Widerstand entgegenzusetzen vermag, ist allgemein verbreitet; aber dennoch bäumt sich das nationale Lebensbewußtsein dagegen auf, feige das Todesurteil des eigenen Volkes zu unterschreiben. Mehrfach konnte man dieser Tage von Arbeitern und Arbeiterinnen trotz der sich in ihnen regenden Befürchtung, daß im Falle einer Ablehnung des feindlichen Friedensdiktats alsbald eine noch größere Lebensmittelnöte einsehen werde, die Meinung aussprechen hören: »Truppen, um das Eindringen der Engländer und Franzosen abzuwehren, haben wir nicht mehr; aber wir kastrieren uns nicht selbst, mögen sie einrücken und der Welt das Beispiel einer sinnlosen Gewalt zeigen. Sie können uns vielleicht annektieren, werden uns dann aber auch, wenn wir nichts haben, ernähren müssen.«

Das Verede einiger Agitatoren der Unabhängigen, es handle sich ja nur um eine Veränderung der Landkarte, und es sei doch ganz gleich, auf welchem Erdenfleck man lebe, macht selbst in Arbeiterkreisen wenig Eindruck. Man erkennt, daß es auf eine Verklavung des ganzen deutschen Volkes abgesehen ist, unter der der Arbeiter am meisten leiden würde. Noch mehr als bisher würde er gezwungen sein, Mehrarbeit zu leisten und Mehrwert zu schaffen, während aber dieser heute in die Tasche deutscher Kapitalisten fließt und von diesen dazu benutzt wird, die alten Betriebe zu vermehren und neue anzulegen, also neue Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, würde durch die Durchführung der wirtschaftlichen Verklavungspläne der Entente nicht nur die industrielle Tätigkeit gelähmt und ein starker Druck auf die Löhne ausgeübt werden, sondern auch der von der deutschen Arbeiterschaft erarbeitete Mehrwert den Kapitalistengruppen der Entente staaten zufließen. Dadurch aber würde ihrer Industrie eine starke Übermacht gesichert und der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftsgebietes, die Zurückgewinnung der uns verlorengegangenen fremden Absatzmärkte hinfänglich gehalten.

Und wenn wenigstens die Bedingungen des Friedensvertragsentwurfes Deutschland die Möglichkeit bieten würden, an Stelle der zur Vernichtung verurteilten Industriezweige die Agrarwirtschaft zu setzen und sich zum Agrarstaat zurückzuentwickeln. Doch auch diese Möglichkeit wird dadurch ausgeschlossen, daß Teile deutschen Gebiets, die bisher vor allem zur Ernährung der Bevölkerung beigetragen und sich am besten zur Anlegung von Siedlungskolonien eignen würden, vom deutschen Gebiet abgetrennt werden sollen. Selbst die Möglichkeit, den völlig erschöpften Viehbestand in den nächsten Jahren wieder aufzubessern, soll bekanntlich der deutschen Landwirtschaft genommen werden; denn das hungernde Deutschland, das seine jetzige Bevölkerung auch nicht halbwegs mit dem nötigen Fleisch, seine Säuglinge mit Milch zu versorgen vermag, soll noch 140 000 Milchkühe, 40 000 Jungrinder, 120 000 Schafe, 35 000 Stuten, 15 000 Mutterschweine abliefern.

Daß Deutschlands wirtschaftliche Verödung Arbeitslosigkeit und Zwang zur Auswanderung, Verschärfung der Lohnsklaverei und fortgesetzten Nahrungsmangel bedeutet, weiß auch der Arbeiter, soweit er einigen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe hat. Selbst den, der wirtschaftliche Fragen nicht zu beurteilen vermag, erschreckt die Bestimmung des Friedensvertrags, daß den deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erst dann die ihnen zustehenden Unterstützungen ausgezahlt werden dürfen, nachdem die geforderten Entschädigungssummen für die Kriegsbeschädigten der Ententestaaten aufgebracht worden sind, eine Forderung, die nichts anderes bedeutet, als daß die Verstümmelten, die während der vier Kriegsjahre für ihr Vaterland gekämpft und geblutet haben, überhaupt nichts oder nur ganz unzulängliche Almosen erhalten.

Ebenso fordert der Friedensvertragsentwurf, daß nicht nur das Reich, sondern auch die deutschen Einzelstaaten die Zinsen für die von ihnen aufgenommenen Anleihen so lange nicht auszahlen dürfen, als nicht die von der Entente gestellten Entschädigungsforderungen — Forderungen, die noch gar nicht feststehen, sondern erst noch festgestellt werden sollen — befriedigt sind. Das heißt, alle jene Arbeiter, Handwerker, Kleinhändler, Beamten, Angestellten usw., die während des Krieges, um ihr Scherflein zu den nötigen Kriegsmitteln beizutragen, Kriegsanleihepapiere erworben haben, sollen für diese Tat von der Entente bestraft werden und keine Zinsen erhalten, also ihr schon ohnehin durch die Geldverschlechterung entwerteter Besitz noch mehr verringert werden.

Tatsächlich ist der Friedensvertragsentwurf, den die Leiter der Ententestaaten in langen Beratungen zusammengestellt haben, ein Dokument brutaler Rachgier, zu dem die Staatengeschichte bisher kein Gegenstück bietet. Deutschland soll wirtschaftlich, politisch, militärisch und moralisch dermaßen herabgedrückt werden, daß es sich nicht zu erheben vermag und deshalb den künftigen imperialistischen Herrschaftsprojekten der Ententestaaten keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermag. Das ist der deutliche Sinn der Worte, mit denen Clemenceau die Überreichung der Friedensbedingungen begleitete: »Wir werden ... für die notwendigen Vorkehrungen und Sicherungen sorgen, damit auf diesen zweiten Versailler Frieden, der einen so schrecklichen Krieg abschließt, kein weiterer folgt.«

Die deutsche Republik soll aus dem Konzern der Großmächte ausgeschaltet, dem Imperialismus der großen Ententestaaten freie Bahn geschaffen und zugleich verhindert werden, daß in Deutschland die Entwicklung zur Wirklichkeit sozialistisch-demokratischer Forderungen führt, die in England, Frankreich oder Italien die Arbeiterschaft zur Macheiferung und Nachahmung anspornen könnte. Treffend hat vor einigen Tagen Bernard Shaw in den »Daily News« die Tendenz des Friedensvertragsentwurfes mit den Worten gekennzeichnet: »Die Friedensbedingungen schützen die Welt vor der Demokratie in Deutschland. Wir haben Deutschland seine ganze imperialistische Macht abgenommen und sie auf unsere eigenen Schultern genommen.«

Es zeigt sich, wie recht jene hatten, die, als England uns den Krieg erklärte, den eigentlichen Zweck seiner Kriegsbeteiligung in der Massesehung der deutschen Industrie-, Handels- und Schiffahrtskonkurrenz erblickten. Deshalb sucht es jetzt jene Methoden, die es lange Zeit mit so schönem Erfolg auf Irland und Indien angewandt hat, auf Deutschland zu übertragen.

Anstatt sich durch Annahme der Friedensbedingungen — sei es mit oder ohne Protest — in dieses Joch zu fügen und aus Deutschland ein zweites Irland schaffen zu helfen, ist immerhin besser, diesen Friedensbedingungen ein bestimmtes »Nein« entgegenzusetzen — selbst auf die Gefahr hin, daß im besetzten Gebiet stehende Entente-Truppen weiter vorrücken und die Blockade wiederhergestellt wird, um nach der während der Kriegsjahre angewandten Taktik durch Auszuhungerung Deutschland zur Annahme der Versailler Friedensbedingungen zu zwingen. Es ist, so wahrscheinlich es auch sein mag, daß zunächst die Entente durch verstärkten Druck die Unterschrift unter ihr Forderungsprogramm zu erzwingen suchen wird, immerhin besser, eine Weile auch noch diesen verstärkten Druck auf uns zu nehmen, als freiwillig einen Vertrag einzugehen, der das deutsche Volk der ärgsten Verklavung ausliefert und es zum Todesstichum verurteilt. Es würde eine derartige, nur die Augenblicksnotlage berücksichtigende, die späteren jahrelangen Sichtsfolgen aber außer acht lassende Handlung uns nicht nur den zukünftigen berechtigten Vorwurf der leidenden Volksmassen eintragen, ihre Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit dem Wunsche, einem verschärften Augenblicksdruck zu entgehen, ohne Bedenken aufgeopfert zu haben, wir würden uns auch einer politischen Unehrllichkeit schlimmster Art schuldig machen, wenn wir einen Vertrag unterschrieben, von dem wir von vornherein überzeugt sind, ihn nicht halten zu können. Verträge, von denen man weiß, daß man sie in keinem Falle halten kann, unterschreibt ein gewissenhafter Mensch auch in Notlagen nicht.

Indem würden wir durch die Unterzeichnung des Vertragsentwurfes in seiner jetzigen Form jene einsichtigen Elemente in den neutralen und den feindlichen Staaten abstoßen und verleugnen, die in der Erkenntnis, daß die Versailler Forderungen unerfüllbar sind, sich energisch in ihren Ländern gegen die Ungeheuerlichkeiten der Versailler Friedensstipulationen wenden und, wie kürzlich Snowden, der Leiter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, erklären: »Der Vertrag ist der Gnadenstoß für die Auffassung aller jener, die gehofft haben, das Ende des Krieges würde uns den Frieden

bringen; er ist ein Verrat an der Demokratie und an den im Kriege Gefallenen!»

Und was sollen und können wir antworten, wenn jene deutschen Bevölkerungssteile, die trotz der trostlosen wirtschaftlichen Aussichten, die Deutschland bedrohen, doch im Bewußtsein ihres Deutschtums sich gegen die gewaltsame Abtrennung wehren, uns vorwurfsvoll zurufen: »Läßt uns in dieser Stunde der Vergewaltigung nicht feige im Stich, liefert uns nicht unseren Feinden aus!«

Es ist seltsam und doch charakteristisch für ihre Auffassung nationaler und sozialer Fragen unter dem Gesichtswinkel engsten Parteiinteresses, daß gerade die sogenannte »unabhängige« Presse, die fortgesetzt von einem Weiterstreben der Revolution und der Betrachtung der heutigen Lage unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Entwicklung spricht, für die Unterzeichnung eines Friedensvertrags eintritt, der kurzerhand alle revolutionären beziehungsweise sozialistischen Entwicklungsmöglichkeiten abschneidet. Denn lassen sich in Anbetracht der neuen finanziellen Riesenlasten, die der Vertrag dem deutschen Volk aufbürdet, der erneuten Blutabzapfung an dem ohnehin schon aufs äußerste geschwächten deutschen Volkskörper noch große Sozialreformen durchführen? Lassen sich noch große Mittel für Kultur- und Wohlfahrtszwecke bereitstellen? Können in einem Lande, das den jährlich in seinem Gebiet erzeugten Mehrwert fremden Staaten in der Form von Kriegskrediten und Kriegsschädigungen abliefern muß, noch dem Volkswohl dienende Sozialisierungen der Produktion vorgenommen werden? Muß nicht unter dem Zwange, die vom Ausland geforderten enormen Mittel aufzubringen, jede Sozialisierung oder Verstaatlichung zu einer fiskalischen Maßnahme, zu einer Gewinnerpressung werden?

Sicherlich, die Entente kann, wenn die von ihr gestellten Friedensbedingungen nicht angenommen werden, die Lebensmittellieferungen einstellen, die Blockade erneuern und Truppen in bisher noch nicht besetzte Gebiete einrücken lassen. Sie wird es auch wahrscheinlich tun. Die Hoffnung, daß sie das aus Furcht vor dem Einspruch der Sozialisten ihrer Länder unterlassen könnte, scheint mir höchst optimistisch zu sein. Die Sympathien der englischen und französischen Arbeiter für die deutsche Arbeiterschaft sind, wenn man von bestimmten engen Kreisen absieht, recht mäßig und die Geneigtheit, sich mit ernstern Mitteln als bloßen Professeerkklärungen für die deutsche Republik einzusetzen, recht spärlich, da die Erkenntnis, daß, wenn der Fortschritt zum Sozialismus in Deutschland verhindert wird, damit auch die sozialistische Bewegung in den Ententestaaten einen nachhaltigen Rückschlag erleidet, nur erst in wenigen intelligenteren Kreisen zum Durchbruch gelangt ist.

Dennoch haben die Ententemächte, wenn sie ihre Truppen einrücken lassen, noch keineswegs gewonnenes Spiel. Besetzen sie deutsches Gebiet, so übernehmen sie damit auch völkerrechtlich die Verpflichtung, für den Unterhalt der Bevölkerung dieser Gebiete zu sorgen, und diese Verpflichtung würde, in Anbetracht des herrschenden Nahrungs- und Arbeitsmangels, eine große Last bedeuten, die vornehmlich Amerika treffen würde, das ohnehin auch noch mehrere Ententeländer zu versorgen hat. Zudem müßte, da immerhin mit örtlichen Krawallen, Verzweilungsausbrüchen und Generalstreiks in den besetzten Gebieten zu rechnen

sein würde, das Besatzungsheer ziemlich groß sein, und seine Bestandteile müßten überdies, um eine revolutionäre oder bolschewistische Ansteckung zu verhindern, häufig gewechselt werden. Dafür, den Krieg lediglich deshalb fortzusetzen und in fremden Gebieten große Truppenkörper zu unterhalten, um größere Landabtretungen und Abgaben zu erzwingen, haben aber weder Amerika noch England und Frankreichs untere Bevölkerungsschichten Verständnis. Man ist des Krieges müde, will ihn schnellstens liquidieren und sehnt sich danach, wieder mit der alten Wirtschaftstätigkeit beginnen zu können. Vor allem haben die in den Waffenrock gesteckten englischen Arbeiter das Kriegsspiel satt und fordern ungestüm ihre Entlassung. Zudem mehrt sich in England wie in Frankreich die Befürchtung, daß, wenn es nicht zu einer Art Verständigungsfrieden mit Deutschland kommt und die frühere Spannung zwischen den Mächten bestehen bleibt, die Rüstungslasten sich in Zukunft kaum vermindern werden.

Sinzu kommen die mannigfachen Interessengegensätze, die zwischen den Ententestaaten bestehen, nicht zum wenigsten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und England. Ist das amerikanische Kapital auch zum Teil mit dem englischen ziemlich enge liiert, so hat der Krieg doch zwischen manchen amerikanischen und englischen Wirtschaftszweigen eine starke Rivalität hervorgerufen. Es besteht keineswegs in allen amerikanischen Wirtschaftskreisen die Neigung, Englands Konkurrenzfähigkeit zu stärken und zu diesem Zwecke Deutschland, in welchem man vielfach neben Rußland einen guten zukünftigen Abnehmer amerikanischer Produkte sieht, völlig zu ruinieren.

Ob deshalb, wenn Deutschland die unsinnigen Friedensbedingungen ablehnt, eine einseitliche geschlossene militärische Aktion der Entente zustande kommt und ferner, ob diese, falls sie doch erfolgt, von Bestand sein wird, ist daher noch ziemlich fraglich.

Daß die Unabhängigen die Unterzeichnung der Versailler Friedensbedingungen in der Hoffnung befürworteten, daß eine »Weltrevolution« — ein Wort, unter dem sie nicht eine baldige friedliche Umwälzung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern einen plötzlichen gewaltsamen Umsturz verstehen — den Vertrag schon in nächster Zeit annullieren wird, zeigt nur, daß sie noch immer nicht von ihrer naiven Illusionspolitik zu lassen vermögen. Ständig haben sie sich seit der Parteispaltung nicht nur über die Ziele und Absichten der Entente, sondern auch über die Bedeutung und Stärke des Imperialismus getäuscht. Immer wieder wußten sie auf der Tribüne der Parlamente wie in ihren Flugblättern und Zeitungen zu versichern, daß, sobald in Deutschland ein demokratisches Regiment zur Herrschaft käme, die sogenannten westlichen Demokratien zu einer freundlichen Verständigung mit Deutschland bereit sein und auf alle Annexionen verzichten würden. Adolf Hoffmann sprach nur aus, was schon vorher hundertmal in Versammlungen und Zeitungen behauptet worden war, als er im Namen seiner Fraktion am 18. Juni 1918 im Preussischen Landtag erklärte: »Ein demokratisches Deutschland hätte in aller Welt Freunde. Siegte die Demokratie in Deutschland, hätte Deutschland auch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, nicht einen solchen Frieden, wie Deutschland Rußland aufgezwingen hat. Selbst wenn Clemenceau den Krieg weiterführen wollte, würde ihn

die Revolution der Arbeiter wegfehen, genau wie die Kriegsheger in England und Italien. Es würde der Sieg der Demokratie weiter nichts herbeiführen, als die Verteidigungskräfte in Deutschland stärken und uns mit der Welt wieder ausfühnen.«

Diese illusionäre Hoffungslosigkeit steigerte sich noch, als dann Wilson als Apffel der Humanität sein Friedensprogramm mit den bekannten vierzehn Punkten in großer Pose der Welt verkündete und darauf die deutsche Revolution ausbrach. Nun stand es für die unabhängigen Illusionspolitiker fest, daß alsbald die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens sich in gleicher Weise der politischen Herrschaft bemächtigen, sich mit dem mitteleuropäischen Proletariat vereinigen und aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Welt die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa hervorgehen würden. Die Artikel, die damals in der Neuen Zeit erschienen und zu nüchtern-kritischer Betrachtung der Vorgänge mahnten, wie »Englands Verlangen nach dem deutschen Kolonialbesitz« (36. Jahrgang, 2. Band, Nr. 24), »Vor schwierigen Problemen«, »Die dritte Note Wilsons« (37. Jahrgang, 1. Band, Nr. 4 und 5) usw. wurden mit spöttischer Überlegenheit als Produkte eines grauen Alltagspessimismus abgetan. Selbst als vor ungefähr drei Monaten die Havasagentur den Wilsonschen Entwurf eines Völkerbundes veröffentlichte, wiegte man sich noch in den naivsten Illusionen.

Und ebenso steht es mit der Erkenntnis des Imperialismus und seiner Entwicklungsbedingungen. Als ich im Mai 1915 mich in meiner Broschüre »Partei-Zusammenbruch?« gegen die leichte Auffassung der imperialistischen Strömung in den kapitalistischen Staaten als einer nicht historisch begründeten, mehr oder weniger zufälligen Erscheinung wandte und erklärte, der Imperialismus sei eine »aus den neuen inneren finanziellen Lebensbedingungen des Kapitalismus« herausgewachsene Erscheinung, »nichts Zufälliges, sondern eine notwendige Etappe auf dem zum Sozialismus führenden kapitalistischen Entwicklungsweg«, wurde diese Auffassung höhnisch belacht.

Besonderen Widerspruch aber fand die von mir ausgesprochene Ansicht, die Ara des Imperialismus sei noch nicht zu Ende, wahrscheinlich werde er nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Weltkrieg hervorgehen. (Vergl. Kautskys Artikel: »Zwei Schriften zum Umlernen« und »Nochmals unsere Illusionen«. Neue Zeit, 33. Jahrgang, 2. Band, Nr. 3, 4, 5, 8, 9.) Ich wurde zum Sozialimperialisten gestempelt, obgleich ich den Imperialismus weder verteidigt noch seine Gefährlichkeit für eine friedliche Entwicklung verkannt hatte, sondern lediglich gefordert hatte, die Dauer der imperialistischen Entwicklungsperiode nicht nach allerlei utopistischen Wünschen und Hoffnungen zu beurteilen.

Als dann die deutsche Revolution ausbrach, galt den Illusionspolitikern der Unabhängigen mit dem Kapitalismus auch der sogenannte Imperialismus für erledigt. Er hätte, hieß es, im Krieg völlig verspielt und allen Boden verloren. Die Annahme, dem Kriege könne irgendwo ein neues Aufblühen imperialistischer Bestrebungen folgen, wurde als eine Absurdität betrachtet. Ich hatte mich angeblich mit meiner Prophezeiung bis auf die Knochen blamiert oder, wie Heinrich Ströbel sich in der Jacobsohnschen »Weltbühne« ausdrückte, der Ausgang des Krieges hatte klar mein »intellektuelles Manko« erweisen.

Und nun, wer leugnet heute nach dem Kampfe zwischen Italien und den Serben um die Ostufer der Adria, der Annexion Schantung durch Japan, den großpolnischen Bestrebungen, den unsinnigen Annektionsforderungen des Versailler Friedensvertragsentwurfes noch, daß der Imperialismus nicht gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen ist? Und doch stehen wir erst am Anfang der neuen imperialistischen Ära. Wir werden in den nächsten Jahren noch manche imperialistischen Gelüste des nordamerikanischen Kapitalismus auf Mittel- und Südamerika, des englischen auf Afrika, Arabien, Persien, Afghanistan usw. auftauchen sehen. Mag auch in Deutschland der Imperialismus einen schweren Schlag erlitten haben, in den Ententeländern ist er desto üppiger ins Kraut geschossen.

Nach solcher fortgesetzten falschen Beurteilung geschichtlicher Entwicklungsercheinungen durch die großen Theoretiker der »unabhängigen« Sozialdemokratie ist es nur selbstverständlich, daß sie auch heute wieder eine Erlösung aus der jetzigen Nothlage von irgendwelchen baldigen revolutionären Aktionen der sozialistischen Parteien in England und Frankreich, vielleicht auch auf den Viti- oder Osterinseln, erhoffen. — Die Neigung zu utopischen Gedankenkonstruktionen, zu einer einseitigen Beurteilung politischer Vorgänge nach dem eigenen Willen und Wünschen und die Verwechslung ihrer Wünsche mit historischen Tatsachen, liegt den meisten Vertretern der unabhängigen Richtung im Blute. Sie sind geborene Utopisten. Desto mehr aber sollten wir uns hüten, uns in unserer Politik durch ihre Rhetorik beeinflussen zu lassen.

Zur künftigen preußischen Verwaltungsreform.

Von Dr. Georg Flatau.

Die preußischen Kreistagswahlen, die demnächst stattfinden, werden, wie in Nr. 3 vom 18. April 1919 dargelegt, eine große Anzahl unserer Parteigenossen in Stellungen bringen, die dem Proletariat bisher nahezu verschlossen waren. Auf dem Gebiet, das uns damit eröffnet wird, haben wir in der Partei kaum Erfahrungen gesammelt, waren doch die Kreistage und die aus ihnen abgeleiteten Behörden die fast unbestrittene Domäne des preußischen Feudaladels. Unsere Presse hat den Verhandlungen im Kreis- und Provinziallandtag sowie in den Kreis-, Bezirks- und Provinzialausschüssen und im Provinzialrat bisher nur wenig Interesse entgegengebracht. Die bürgerliche Presse, der die Berichterstattungspflicht in erster Linie oblag, war meist die Kreisblattpresse, die als gefügiges Objekt der Verwaltungsbehörden für eine wirklich ergiebige und kritische Berichterstattung kaum zu haben war. Still und dunkel, wie die ganze preußische Verwaltung, spielte sich das Leben der Behörden und Kommunalverbände im Innern des preußischen Staates ab. Auch unsere Parteiliteratur hat sich, soweit mir bekannt, um die Probleme der inneren Verwaltung wenig gekümmert. Wir trieben immer nur Reichs-, Landes- oder Kommunalpolitik; was dazwischen lag, das schien uns nichts anzugehen. Nur wenige unserer Parteigenossen wußten mit Fragen der Landesverwaltung oder der Verwaltung der höheren Kommunalverbände Bescheid, obwohl doch das tägliche Leben und das Wohl und Wehe von Millionen unserer Mitbürger von den Leistungen und Anforderungen jener Behörden und Verbände abhängt. Der alte Satz unserer Ge-